

Finanzielle Mittel für Toleranzförderung in Baden-Württemberg

Beschluss der Vollversammlung des Landesjugendrings am 19.11.2011

Mit Annahme dieses Antrags durch die Vollversammlung verpflichtet sich der Landesjugendring eine Pressemitteilung zu diesem aktuellen Thema heraus zu geben.

In den vergangenen Tagen wurden wir mit Entsetzen Zeugen davon wie bekannt wurde, wie Rechtsextreme seit Jahren unentdeckt mordend eine Spur des Terrors durch ganz Deutschland hinterlassen konnten. Zehn Menschen und zahlreiche Verletzte wurden nach bisherigen Ermittlungen Opfer der rechtsextremistischen Unterorganisation NSU.

Wir als Landesjugendring setzen uns gegen Ausgrenzung, Diskriminierung und Menschenhass in unserer Gesellschaft ein. Wir stehen ein für eine menschliche, weltoffene und tolerante Gesellschaft, für das friedliche Zusammenleben aller Menschen, ungeachtet ihrer Weltanschauung, sexuellen Orientierung, ihres Geschlechts, Behinderung, Religion, Kultur, Herkunft oder Hautfarbe.

Toleranzförderung, interkulturelle Arbeit und Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus dürfen von der neuen Landesregierung nicht weiter behindert werden. Für jugendverbandliche und gesamtgesellschaftliche Maßnahmen dieser Art müssen dauerhaft genügend Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Hass und Gewalt, Rassismus, Menschenverachtung, Sexismus, Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus dürfen in unserer Gesellschaft keinen Platz haben!

*Beschlossen in der Vollversammlung des Landesjugendrings Baden-Württemberg e.V.
am 19.11.2011.*